Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5517**

17. Wahlperiode 13. 04. 2011

Antrag

der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Aydan Özoğuz, Daniela Kolbe (Leipzig), Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Michael Hartmann (Wackernheim), Oliver Kaczmarek, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Einrichtung eines Zentrums für Alevitische Studien fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Wissenschaftsrat hat am 29. Januar 2010 mit seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ empfohlen, die Etablierung von Islamischen Studien an den Hochschulen zu beginnen. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag aufgenommen und die Förderung von Zentren für Islam-Studien beschlossen. Dies begrüßen wir sehr.

Die wissenschaftliche Ausbildung von Religionsgelehrten nach alevitischer Glaubensrichtung aber ist bisher nicht vorgesehen. Nach Schätzungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge leben in Deutschland zwischen 480 000 und 552 000 Menschen mit alevitischer Glaubensrichtung. Die alevitische Gemeinde ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Deutschland.

In Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern wird alevitischer Religionsunterricht an zahlreichen Schulen angeboten. Für diese Angebote und deren weiteren Ausbau auch in anderen Bundesländern ist die Etablierung einer Ausbildung alevitischer Religionsgelehrter und Pädagogen an Hochschulen in Deutschland sinnvoll. Daher sollte auch ein Zentrum für Alevitische Studien an einer deutschen Universität eingerichtet und vom Bund gefördert werden. Darüber hinaus ist ein wissenschaftlicher Dialog innerhalb und mit den Aleviten ein wichtiger Beitrag zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Einrichtung eines Zentrums für Alevitische Studien an einer deutschen Universität auf der Basis eines Wettbewerbs zu fördern;
2. dem Deutschen Bundestag über die erforderlichen und ergriffenen Maßnahmen zur Förderung Bericht zu erstatten.

Berlin, den 13. April 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333